

kleinteilig, in Kommunen und Ländern, rot-rot-grüne Regierungen anzustreben. Denn nur so kann sich das tief sitzende Misstrauen zwischen SPD und *Linkspartei* langsam verflüchtigen. Und nur dann kann sich eine Art Arbeitsteilung herauskristalisieren, die allen drei Parteien nutzt oder wenigstens bei Wahlen nicht schadet. Die Rollenverteilung ist dabei absehbar: Die *Linkspartei* scheint sich, wenn man ihr Grundsatzprogramm ernst nimmt, als etatistische, traditionssozialistische Partei zu definieren, die die Interessen von Unterschicht und Prekariat vertritt, und die Ambition, zur linken Volkspartei zu werden, aufzugeben. Die *Grünen* vertreten die Interessen des ökologisch orientierten Bürgertums, die SPD die aufstiegsorientierte Mittelschicht.

So dürfte es auf mittlere Sicht der Job der SPD sein, in diesem Bündnis die Rolle des Moderators zu spielen. Obwohl die größte Unverträglichkeit derzeit zwischen SPD und *Linkspartei* herrscht, liegen die sozialen und kulturellen Spannungspole eigentlich zwischen *Linkspartei* und *Grünen*, zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Prekariat einerseits, hochindividualistischen, besserverdienenden Operngängern andererseits.

Das aber ist Zukunftsmusik. Aktuell stellt sich die Lage anders dar. Die SPD wird Rot-Rot-Grün erst dann aktiv betreiben, wenn der Leidensdruck langfristig in die Opposition verbannt zu sein, unerträglich wird. Das kann noch dauern. Und das sind keine gute Aussichten für Anhänger einer sozialökologischen Politik.

Horst Dietzel

Fundamentaler Antikapitalismus

Der Programmentwurf der Partei *Die Linke*

Die Kernbotschaften des Programmentwurfs vereinen für unseren Autor vor allem diejenigen, die Die Linke nur als Protestpartei politisch erfolgreich sehen mit denen, die einen fundamental antikapitalistischen Kurs wollen.

Wohin geht die Reise der Partei *Die Linke*? Fragt man nach der Kernbotschaft des Programmentwurfs, dann ist schnell klar: Es handelt sich um einen fundamentalen Antikapitalismus. Gleich im zweiten Absatz des Papiers wird behauptet, Kapitalismus und Demokratie würden sich ausschließen: »Wo vor allem der Profit regiert, bleibt kein Raum für Demokratie.« Einen Absatz weiter will man aber die Errungenschaften der Kämpfe für Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat verteidigen. Was denn nun? Gibt es nun doch ein wenig Demokratie, die verteidigungswert ist?

Aber Differenzierungen sind nicht Sache der Autorinnen und Autoren. Da gibt



Horst Dietzel

(* 1943) ist Sozialwissenschaftler, promovierte und habilitierte in der DDR zur Sozialdemokratie, zahlreiche Veröffentlichungen zur SPD und PDS, Mitglied der Partei *Die Linke*.

es nur den Kapitalismus, nur die Kapitalverwertung. Unterschiedliche Ausprägungen der Gesellschaften, demokratisch und sozialstaatlich, existieren in diesem Weltbild nicht. Es wird von einem undifferenzierten Ökonomismus ausgegangen. Weiter wird behauptet, dass »der Kapitalis-

mus« mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation unvereinbar sei. Deshalb sei ein »Systemwechsel« notwendig. Der Begriff »Systemwechsel« wird hier nicht im Sinne eines Politikwechsels verstanden, sondern eines Wechsels des »Gesellschaftssystems«. Folgerichtig ist dann auch vom »Aufbau« des demokratischen Sozialismus die Rede. Das dürfte Menschen mit DDR-Sozialisation nicht unbekannt vorkommen. Der Text enthält sowohl diese als auch eine andere Herangehensweise, die Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse hin zu mehr Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung. Es bleibt offenbar den Parteimitgliedern selbst überlassen, welcher Weltsicht sie sich anschließen. Der jetzt verwendete Sozialismusbegriff unterscheidet sich deutlich von dem der PDS. Wurde demokratischer Sozialismus in der Programmatik der PDS noch als Weg, Ziel und Wertesystem hergeleitet und damit auch der Prozesscharakter hervorgehoben, ist diese Betrachtungsweise weitgehend verschwunden.

Aus kommunistischer Feder stammender Grundtext

Die ökonomische Alternative zum Kapitalismus sehen die Verfasser in der Unterordnung der Marktsteuerung unter die »demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung«. Diese Formel dürfte auch in sozialdemokratischen Kreisen bekannt sein. Formulierungen über die »Grenzen des Kapitalismus«, die überschritten werden müssten, oder über Brüche und »Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe« erinnern an die JUSO-Debatten in den 70er Jahren über systemüberwindende oder stabilisierende Reformen.

Die Linke will die »Grenzen des Kapitalismus« durch die aus fordistischen Zeiten bekannten Forderungen nach der Überführung strukturbestimmender Großbe-

triebe und Banken in »demokratische Eigentumsformen« überwinden. Öffentliches Eigentum sei keine Garantie, aber die Voraussetzung für neue Kriterien und Prioritäten des Wirtschaftens. Es wird davon ausgegangen, dass andere Eigentumsformen eine andere Wirtschaftsweise begründen. Hier bleiben viele Fragen offen: Auf welche historischen positiven Beispiele beruft man sich? Was sind strukturbestimmende Großbetriebe heute? Soll die Wirtschaft in den wichtigsten Sektoren auf der Basis von Staatsmonopolen agieren? Die Konsequenz wäre: Staaten konkurrieren wieder unmittelbarer und stärker gegeneinander. Man darf gespannt sein, wie die Verfechter ihre Position in politisch machbare Konzepte konkretisieren wollen. Das Gleiche trifft auf die Forderung nach »Belegschaftseigentum« zu. In welcher Form sollen die Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden? Was bedeutet das für den Einfluss der Gewerkschaften? Hier ist eine an der konkreten Wirklichkeit orientierte inhaltliche Debatte notwendig. Ideologische Glaubenskriege helfen da nicht weiter.

Neben der Totalkritik an der kapitalistischen Produktionsweise gerät auch der »neoliberale Kapitalismus« ins Visier. Die Kritik ist hier weitgehend stimmig. Folgerichtig wird auch von einer Krise des sozialen Zusammenhalts geschrieben, von der Aushöhlung der Demokratie und der Zentralität der ökologischen Frage. Für das nächste Jahrzehnt geht es meines Erachtens darum, das neoliberale Politikmuster zu überwinden und die Gesellschaft sozial-ökologisch umzubauen. Dass das öffentliche Eigentum in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge gestärkt werden muss, ist eine folgerichtige Konsequenz. Ein in diese Richtung gehender strategischer Ansatz wird aber der Totalkritik am Kapitalismus untergeordnet. Beim Lesen des Textes gewinnt man den Eindruck, dass ein aus kommunistischer

Feder stammender Grundtext mit Versatzstücken aus dem Reformlerager versehen wurde.

Festhalten am Projektcharakter

Die hier analysierten Textstellen betreffen die ideologische Klammer, die von erheblicher Bedeutung für das Selbstverständnis einer Partei ist. Nicht weniger wichtig sind die konkreten Positionen auf den einzelnen Politikfeldern. Im Vergleich zu den programmatischen Eckpunkten, die bei der Vereinigung von WASG und PDS beschlossen wurden, enthält der Programmtext sowohl allgemeiner gehaltene Formulierungen als auch apodiktische Festlegungen. Im Vergleich zu bisher bezogenen Positionen der Partei gibt es keine völlig neuen oder völlig anderen Aussagen. Hartz IV soll durch eine »bedarfsdeckende und repressionsfreie Grundsicherung« ersetzt werden. Die Rente mit 67 wird nach wie vor abgelehnt. Die Forderung nach einer Rente mit 60 taucht nicht mehr auf. Vieles ist hier nachvollziehbar, wie die Forderung nach einer paritätisch finanzierten, gesetzlichen Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einbezogen sind. Die Forderung nach der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird nicht mehr als kurz-, sondern als langfristig anzustrebendes Ziel definiert. Es sollen Millionen neue reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze geschaffen und durch eine sozial gerechte Steuerpolitik finanziert werden. Andererseits gibt es aber auch eindeutige Festlegungen für heute und die Zukunft. So wird das sofortige Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr und deutscher Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta gefordert. Erklärungen, warum man hier in Distanz zur UNO geht, gibt es im Text nicht.

Die Programmkommission stellt die eigene Partei einem »Kartell neoliberaler

Parteien« gegenüber. Differenzierungen zwischen anderen Parteien werden nicht vorgenommen. Partner sind dementsprechend nicht andere Parteien, sondern gesellschaftliche Bewegungen. Regierungsbeteiligungen werden nicht mehr generell in Frage gestellt. Für eine eventuelle Regierungsbeteiligung wird aber ein ganzer Katalog von Bedingungen aufgestellt. Dazu zählen: keine Privatisierungen, kein Sozial- und Arbeitsplatzabbau, keine Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland usw. Damit sehen sich die dominierenden Kräfte in der Partei gut gewappnet, nicht in die Verlegenheit zu kommen, mitregieren zu müssen. Sonst würde der Protestcharakter der Partei ins Wanken geraten. Die Parteispitze mahnt hier vor dem Schicksal beispielsweise der italienischen Partnerpartei, die aus dem Parlament rausgefallen war. Das Programm entspricht diesem Denken.

Es ist schon bemerkenswert, dass *Die Linke* nicht wegen der alten PDS, sondern durch ehemalige Sozialdemokraten und durch Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Westen zusammen mit der kommunistischen Plattform – im deutlichen Unterschied zu den Positionen der PDS – programmatisch wieder in eine fundamental-antikapitalistische Richtung geht. Natürlich werden ehemalige Sozialdemokraten und Gewerkschafter in ein paar Jahren nicht zu überzeugten Antikapitalisten oder Kommunisten. Für sie zählen in erster Linie fünf, elf oder mehr konkrete Kernforderungen, die den Charakter einer Partei ausmachen sollen, nicht eine in sich geschlossene gesellschaftspolitische Position. Mit diesem Programmwurf treffen sich diejenigen, die *Die Linke* nur als Protestpartei politisch erfolgreich sehen mit denen, die einen fundamental antikapitalistischen Kurs wollen. Durch diese Konstellation ist dieser Programmwurf zustande gekommen. Sollte die Konstellation so bleiben, wird es, auch nach einer lang andauernden Debatte, keine gravierenden Veränderungen geben.